



## Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 11.09.2018

### Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 04.09.2018, 15:00 Uhr bis 18:05 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ibrahim Alici	
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Mehmet Akif Ayata	Mevlana
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Herr Eugen Litvinov	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Ibrahim Toure	LiL
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP

#### Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit
Herr Claus-Ulrich Prölb	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.

### **Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Igor Dementyev	Einheit	Vertreter für Frau Shcherbatova
Herr Franz-Josef Legewie	TSD	Vertreter für Herrn Keltek
Frau Walburga Schürmann		Vertreterin für Herrn Özküçük

### **Verwaltung**

Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)
Frau Nina Rehberg	Verwaltung - Diversity (5001)

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Tayfun Keltek	TSD	entschuldigt
Frau Ebru Coban	KL	
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia	entschuldigt
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN	entschuldigt
Frau Barbara Brunelli	GOL	entschuldigt
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN	
Herr Ahmad El Masri	BIG	entschuldigt
Herr Ali Esen	LB	
Herr Lilli Licco	LiL	
Herr Turan Özküçük	TSD	entschuldigt
Frau Stella Shcherbatova	Einheit	entschuldigt
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia	entschuldigt
Frau Monika Schultes	SPD	

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Yadigar Arslan	
Frau Dorothee Bodewein	Caritasverband für die Stadt Köln e. V.
Frau Saskia Dieke	Arbeitgeberverband Kölnmetall
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

### **Verwaltung**

Herr Dr. Lothar Becker
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates und teilt mit, dass Herr Keltek zur heutigen Sitzung verhindert ist und ihn gebeten hat, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Herr Edis gibt vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Informationen:

- Herr Dr. Rau hat Urlaub und kann daher an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Frau Dr. Klein ist ebenfalls verhindert, da parallel zum Integrationsrat der Ausschuss Schule und Weiterbildung tagt.
- Der Rat hat der geänderten Geschäftsordnung des Integrationsrates zugestimmt. Damit ist der Runde Tisch für Integration neues Mitglied mit beratender Stimme. Herr Uellenburg-van Dawen wird für den Runden Tisch teilnehmen – er ist heute verhindert.
- Der Integrationsrat veranstaltet in Kooperation mit dem Kommunalen Integrationszentrum am Dienstag, dem 18.9. um 19 h im Bürgerzentrum Ehrenfeld eine Lesung und Diskussion des Buches ‚Der ewige Gast‘ von Can Meray. Er bittet insbesondere die Mitglieder der Fraktionen, diese Einladung in ihren Fraktion und Netzwerken weiter zu verbreiten.
- Im letzten Integrationsrat gab es einen Antrag u.a. auf die Zahlung einer Pauschale für Auslagen. Das OB Büro hatte hier die gewählten Mitglieder gebeten, für 3 Monate ihre Ausgaben zu notieren, die sie im Zusammenhang mit der Arbeit als Mitglied des Integrationsrates haben. Die Geschäftsführung wird hierzu ein Raster versenden.

Der Sitzungsleiter Herr Edis verliest die nachträglich aufgenommenen Vorlagen:

- TOP 5.17 Mitteilung zum Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmen des Integrationsbudgets
- TOP 5.18 Mitteilung zu KOMM-AN NRW - Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Neuzugewanderten in den Kommunen
- TOP 8.1 Beschlussvorlage Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte
- TOP 8.2 Beschlussvorlage Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg
- TOP 8.3 Beschlussvorlage Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str.
- TOP 8.4 Beschlussvorlage Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 / 2. Teil
- TOP 8.5 Beschlussvorlage Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str.
- TOP NÖ 1.1 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Dienstleistungen „Sprachmittler/Innen“ für die Dienststellen Diversity und für das Gesundheitsamt

Zu TOP 6.1 Antrag zur Einrichtung eines Preises ‚Miteinander-Preis Köln. Engagement von Kölner Migrant\*innen für Demokratie und Vielfalt‘ bittet der Antragsteller Herr Edis aufgrund von Beratungsbedarf um Verschiebung in die nächste Sitzung des Integrationsrates.

Die TOP's 5.1 und 5.16 sollen gemeinsam behandelt und der TOP 5.9 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz NRW in die nächste Sitzung verschoben werden.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der Tagesordnung zu.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

Kurzvortrag zur Arbeit von KoBAM - durch Frau Hovi von der Agentur für Arbeit

**1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**

**2 Gleichstellungsrelevante Themen**

**3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

3.1 Beantwortung der mdl. Anfrage von DEIN KÖLN - türk. Wahlkampf-Auftritte in Köln  
2128/2018

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**5 Mitteilungen**

5.1 Neues Amt für Integration und Vielfalt  
1828/2018

5.2 Darstellung der Sparten  
hier: Szenebericht Freie Musik  
1817/2018

5.3 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen (I/2018)  
1767/2018

5.4 Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 15.10.2015 - 31.12.2017  
1516/2018

5.5 4. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln  
2459/2018

5.6 21. Bericht zur Situation Geflüchteter  
2367/2018

5.7 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"  
2643/2018

- 5.8 Stellungnahme zur WDR-Berichterstattung "Unterbringung in Beherbergungsbetrieben" sowie „Bauvorhaben Im Grund / Pastor-Wolff-Str.“  
2195/2018
- 5.9 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)  
1656/2018
- 5.10 Beantwortung einer Anfrage - Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“  
1917/2018
- 5.11 Aktueller Sachstand des Programms "Starke Veedel - Starkes Köln"  
2024/2018
- 5.12 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln – Bericht 2017/2018  
2560/2018
- 5.13 Volkshochschule: Das Feriencamp talentCAMPus 2018 für geflüchtete Kinder und Jugendliche war wieder ein Erfolg!  
2664/2018
- 5.14 Antidiskriminierungsarbeit im Bereich sexueller Orientierung und geschlechtlicher Vielfalt in Köln  
2678/2018
- 5.15 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)  
2513/2018
- 5.16 Neues Amt für Integration und Vielfalt (Sachstand zum 15.08.2018)  
2753/2018
- 5.17 Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmen des Integrationsbudgets  
2768/2018
- 5.18 KOMM-AN NRW - Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Neuzugewanderten in den Kommunen - Sachstandsbericht 2018  
2856/2018
- 6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 6.1 Antrag zur Einrichtung eines Preises „Miteinander - Preis Köln. Engagement von Kölner Migrant\*innen für Demokratie und Vielfalt“  
AN/0832/2018

## **7 Berichte**

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

## **8 Beschlussvorlagen**

8.1 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte  
2337/2018

8.2 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 8, 50997 Köln-Godorf, Planungsbeschluss  
1320/2018

8.3 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Planungsbeschluss  
2396/2018

8.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 / 2. Teil  
2714/2018

8.5 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. ohne Nr., 51143 Köln-Porz - Planungsbeschluss  
2384/2018

## **9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## **10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

1.1 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Dienstleistungen „Sprachmittler/Innen“ für die Dienststellen Diversity und für das Gesundheitsamt  
2673/2018

## **I. Öffentlicher Teil**

### **Kurzvortrag zur Arbeit von KoBAM - durch Frau Hovi von der Agentur für Arbeit**

Frau Hovi von der Agentur für Arbeit berichtet an Hand einer PP-Präsentation (ist der Niederschrift in der Anlage beigefügt) über die Arbeit von KoBAM (Kompetenzzentrum Bildung und Arbeit für Migrantinnen und Migranten in Köln) und beantwortet zahlreiche Nachfragen.

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 Beantwortung der mdl. Anfrage von DEIN KÖLN - türk. Wahlkampf-Auftritte in Köln  
2128/2018**

Die Mitglieder nehmen die Beantwortung zur Kenntnis.

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Neues Amt für Integration und Vielfalt  
1828/2018**

IRM Herr Litvinov hält das Thema Vielfalt im neuen Amt für Integration und Vielfalt für ausreichend vertreten. Er beklagt aber, dass die für ihn wichtigen drei Themen der Integration Arbeit, Wohnen und Sprache im Organigramm nicht dargestellt sind und fragt nach Konzepten des neuen Amtes bzw., ob der Integrationsrat bei solchen Konzepten miteingebunden werden würde.

RM Herr Joisten bedankt sich für die Mitteilung und begrüßt die geplante Einrichtung des Amtes für Integration und Vielfalt. Er äußert den Wunsch, das Thema ‚Integration‘ breit und ganzheitlich und im Sinne eines ‚guten Zusammenlebens in der Stadt‘ zu denken und bittet deshalb um Einbindung aller Fachausschüsse, die mit dem Thema zu tun haben. Er hält es für wichtig, dass sich die Breite des Integrationsansatzes auch im künftigen konzeptionellen Handeln des neuen Amtes und in Anlehnung an die gute Arbeit in der bisherigen Stabsstelle Diversity wiederfindet. Das Amt müsse somit wesentlich mehr als eine vergrößerte Aufstellung der Stelle ‚Flüchtlingskoordination‘ sein, um dieses aus Sicht der SPD Fraktion zukunftsentscheidende Thema ‚Integration‘ künftig angemessen zu begleiten.

IRM Herr Abeke hält das Gremium Integrationsrat als noch nicht ausreichend im neuen Amt berücksichtigt und erinnert an die Wichtigkeit, die seitens der damaligen Integrationsbeigeordneten Frau Reker, diesem Gremium immer zuerkannt wurde.

RM Frau Hoyer findet das Thema Vielfalt im Sinne des Diversity Gedankens in der aktuellen Darstellung des neuen Amtes als etwas zu schwach abgebildet.

Seitens der Verwaltung beantwortet Herr Oster als Leiter der Projektgruppe zur Entwicklung und Planung des Amtes für Integration und Vielfalt die Fragen wie folgt:

Über die im Organigramm dargestellten Fachkoordinationen sind die relevanten Themen der Integration abgedeckt. Damit soll die Struktur aus der Arbeit des Projektes Einwanderung gestalten übernommen und fortgeführt werden und die Themen mit einem erhöhten Steuerungsbedarf seien angemessen besetzt.

- Bezüglich der Frage nach einem Konzept verweist Herr Oster auf die in der ersten Mitteilung skizzierten Überlegungen, warum in Köln ein Amt für Vielfalt benötigt werde. Daraus wurde ein Bedarf abgeleitet, der versucht wurde in den Handlungsfeldern des neuen Amtes abzubilden - eine konzeptionelle Ausgestaltung ist dann Sache des neuen Amtes, welches dann auf die bereits vorhandenen Leitlinien und Handlungsempfehlungen zurückgreifen und diese ggfls. weiterentwickeln kann. Sinnvoll sei weiterhin die im Projekt bewährte Beteiligung von Externen wie Ehrenamt, Trägern und Politik.
- Das neue Amt benötigt eine breite Aufstellung, da auch noch Herausforderungen zu bearbeiten sind, die in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend bearbeitet wurden. Eine Aufgabe des Amtes sieht Herr Oster darin, um eine breite gesellschaftliche Zustimmung und höhere Akzeptanz für das Thema Integration zu werben.
- Herr Oster sagt eine Prüfung zu, welche Fachausschüsse ebenfalls über das neue Amt informiert werden sollten.
- In Weiterentwicklung der ersten Mitteilung wurde jetzt festgestellt, dass die Gremienarbeit für den Integrationsrat und die Stadtarbeitsgemeinschaften Behinderte und LSBT vom Anspruch, der Qualität und den Aufgaben her etwas anderes ist, als die normale Ausschussarbeit und daher weiterhin in den einzelnen Sachgebieten geleistet werden sollte. So ist die Geschäftsführung Integrationsrat jetzt bei der Leitung des KI angesiedelt.
- Bezugnehmend auf den Einwand der Vielfaltsaspekt komme zu kurz, wird auf die unverändert weiterhin zur Verfügung stehenden Ressourcen verwiesen. Inwieweit tatsächlich ein Mehrbedarf bei den bereits vorhandenen Arbeitsbereichen notwendig sei, müsse dann im neuen Amt bearbeitet werden.

Abschließend verweist Herr Oster auf weitere Gespräche z.B. mit den Stadtarbeitsgemeinschaften und evtl. aus diesen Diskussionen noch einfließende Überlegungen.

RM Frau Heuser spricht sich für eine Darstellung des Integrationsrates im Schaubild aus, das leider nicht die Bedeutung der einzelnen Einheiten wiedergibt. Sie hält es für wichtig, dass die Themenarbeit anders aufgenommen und die Versäulung aufgebrochen wird.

Das beratende Mitglied Herr Pröhl spricht sich ebenfalls für die Hervorhebung des Integrationsrates in der Darstellung aus. Darüber hinaus hält es für wichtig, die künftigen Strukturen innerhalb des Amtes und insbesondere auch zwischen dem Amt und den anderen Dienststellen darzustellen. Er fragt nach, wer beispielsweise beim Thema Leitlinien, welche beim Wohnungsamt erarbeitet werden, schlussendlich die abschließend entscheidende Dienststelle sei.



RM Herr Yurtsever bedankt sich bei der Frau Oberbürgermeisterin für die Umsetzung eines Wahlversprechens. Er erkundigt sich nach der künftigen personellen Größe des Amtes und ob Frau Oberbürgermeisterin selber künftig an den Sitzungen des Integrationsrates teilnehmen werden.

RM Herr Schäfer sieht Probleme eines künftigen Querschnittsamtes bei der Durchsetzung von Themen gegenüber anderen beteiligten Fachämtern und erkundigt sich nach den geplanten Strukturen und Entscheidungskompetenzen. Das Thema ‚Strategische Planung‘ sei eine gewaltige Aufgabe und er möchte wissen, an welcher Stelle bzw. zu welchem Zeitpunkt das neue Amt durch andere Ämter z.B. bei Denkprozessen zur Schulentwicklungsplanung einbezogen wird. Herr Schäfer erkundigt sich ob ein Prozess der ‚Miteinanderbetrachtung‘ überlegt sei, oder ob das Amt abschließend eine Art ‚Integrationskontrolleur‘ sein werde. Den Integrationsrat sieht Herr Schäfer als das begleitende politische Gremium des neuen Amtes für Integration und Vielfalt und er erkundigt sich, ob das Amt künftig mehr nach innen in die Verwaltung hinein wirke oder ob auch eine künftige Außenwirkung des Amtes geplant sei.

RM Herr Erkelenz bedankt sich bei Herrn Oster und der Oberbürgermeisterin für die Schaffung des neuen Amtes, durch das die Wichtigkeit des Themas ‚Integration‘ in Köln deutlich gemacht werde.

Die Verwaltung Herr Oster beantwortet die Fragen wie folgt:

- Die Geschäftsführung Integrationsrat ist bei der Leitung des KI angesiedelt – dies wird künftig im Organigramm auch so dargestellt.
- Die genannten Schwierigkeiten einer Querschnittsdienststelle bei der Durchsetzung von Querschnittsthemen, wenn diese den Interessen anderer Ämter zuwiderlaufen, sind bekannt. Gute Erfahrungen wurden gemacht durch eine Interessenübersetzung nach dem Motto ‚gemeinsam bekommen wir die bessere Lösung‘. Die Strategische Fachkoordination hat eine Steuerungsfunktion und die fachliche Verantwortung bleibt bei den Fachämtern. Allerdings kann es passieren, dass der andere nicht gesteuert werden möchte, so dass im Vorfeld einmal beispielhaft mit anderen Ämtern durchgespielt wurde, was gemacht werden muss, um hierfür eine Akzeptanz zu schaffen. Vom gedanklichen Grundsatz her wird sich das neue Amt, wie alle anderen Ämter auch, innerhalb der von der Politik zu beschließenden Leitlinien bewegen. Wenn z.B. Bedarfslücken bei der Umsetzung dieser Leitlinien erkannt werden, geht das neue Amt auf das Fachamt zu, bzw. auch das Fachamt kann auf das neue Amt zugehen, um dann gemeinsam eine Lösung zu entwickeln.
- Die Strategische Steuerung des neuen Amtes sollte von den anderen Ämtern bei relevanten Maßnahmen frühzeitig mit einbezogen werden, um unnötige Arbeiten zu vermeiden.
- Zur hierarchischen Stellung des neuen Amtes. Die Oberbürgermeisterin nimmt in Bezug auf das neue Amt die Funktion einer Dezernentin war. Wenn sich zwei Ämter nicht einigen können, geht die Angelegenheit auf die Ebene der Dezernenten. In der Verwaltung entscheidet schlussendlich dann immer die Oberbürgermeisterin, wobei es aber immer das Ziel sein muss, Unstimmigkeiten unterhalb dieser Ebene zu klären.
- Das neue Amt muss frühzeitig in Planungsprozesse in allen Bereichen eingebunden werden, um Einfluss darauf zu nehmen, dass Integration und Vielfalt im praktischen Verwaltungshandeln berücksichtigt wird. Versucht werden soll den anderen Ämtern die Vorteile einer Zusammenarbeit deutlich zu machen.
- Das neue Amt wirkt nicht nur nach innen, sondern macht auch eine Öffentlichkeitsarbeit. Das Werben um die Akzeptanz von Vielfalt, z.B. durch Kampagnen gemeinsam mit den Fachämtern, wird eine wesentliche Aufgabe sein.

- Das neue Amt wird ungefähr 80 Mitarbeitende haben. Detailfragen zu zusätzliche Stellen sind noch nicht abschließend geklärt.
- Aus zeitlichen Gründen wird die Oberbürgermeisterin nicht durchgängig an den Sitzungen des Integrationsrates und den Stadtarbeitsgemeinschaften teilnehmen können, so dass nach der Hierarchie der Verwaltung, die neue Amtsleitung diese Rolle übernehmen wird.

RM Herr Joisten bittet um regelmäßige Information in den nächsten Sitzungen des Integrationsrates.

Die Verwaltung Herr Oster beschreibt, dass im September die Organisationsverfügung vorliegen und Ende Oktober die Amtsgründung voraussichtlich abgeschlossen sein werde. Danach kann dann regelmäßig über eine Mitteilung oder einen festen Tagesordnungspunkt zum aktuellen Stand und den bearbeiteten Themen des neuen Amtes berichtet werden.

Der Sitzungsleiter Herr Edis begrüßt ausdrücklich, dass eine langjährige Forderung des Integrationsrates jetzt umgesetzt wird und sieht große Chancen durch die Anbindung des Querschnittsthemas ‚Integration‘ bei der Oberbürgermeisterin. Bei der bisherigen Anbindung des Themas in einem Dezernat bestand immer die Gefahr, das Thema Integration auf die Themen dieses Ressorts zu reduzieren. Integration betrifft aber Arbeit, Soziales, Kinder, Jugend, Kunst, Kultur kurz: alle Bereiche des Lebens. Er wünscht sich im neuen Amt die entsprechende Haltung zum Thema und erklärt, dass der Integrationsrat diesen Prozess sehr gerne weiter unterstützen wird.

## **5.2 Darstellung der Sparten hier: Szenebericht Freie Musik 1817/2018**

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **5.3 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen (I/2018) 1767/2018**

IRM Herr Abeke bittet um die Beantwortung folgender Fragen aus dem ‚AK 2 Flüchtlinge, Interkulturelle Zentren und bürgerschaftl. Engagement‘:

Im 2. Absatz der Mitteilung wird berichtet, dass im Jahr 2017 373 und im 1. Quartal 2018 62 Personen unbekannt verzogen sind.

Fragen:

- Welche Staatsangehörigkeiten hatten diese unbekannt verzogenen Personen?
- Wie viele der unbekannt verzogenen Personen hatten eine Zuweisung in andere Bundesländer, wie viele waren ‚Dublin-Fälle‘ und wie viele hatten einen ablehnenden Asylbescheid erhalten?

Auf Seite 3 unter dem Punkt 4 a ‚Bleiberechte‘ wird beschrieben, dass nur 60 Personen ein Bleiberecht nach § 25a erhalten haben.

Frage:

- Aus welchen Gründen haben nur so wenige Personen ein Bleiberecht erhalten?

IRM Herr Litvinov bezieht sich auf die Anlage 2 der Mitteilung und fragt:

- Was bedeutet die Aussage, dass eine Person ‚ungeklärt ausgereist‘ ist?

Bezüglich der auf Seite 3 der Mitteilung genannten Inanspruchnahme von Fördermitteln werden folgende Fragen gestellt:

- Wie hoch sind die durchschnittlichen Fördermittel und woher kommen sie?

Der Sitzungsleiter Herr Edis kündigt an, die Fragen zur Beantwortung an das Ausländeramt weiterleiten zu lassen.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **5.4 Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 15.10.2015 - 31.12.2017 1516/2018**

IRM Herr Abeke bemängelt, dass die drei Träger des Auszugsmanagements in ihrem Bericht zwar etliche Handlungsempfehlungen geben würden, aber in der Mitteilung der Verwaltung darauf nur kurz und pauschal eingegangen werde. Er bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- In welcher Form werden die aufgeworfenen Problemstellungen von der Verwaltung bearbeitet und berücksichtigt?
- Was ist auf Seite 3 unter ‚Aufenthaltsstatus‘ mit den Kategorien ‚Verschiedene‘, ‚Sonstiger Status‘ und ‚ohne Nennung‘ gemeint?

Die Verwaltung Frau Adams erklärt, dass die Verwaltung auf alle Empfehlungen eingehen wird, viele Anregungen teilt und im regelmäßigen und engen Austausch mit dem Auszugsmanagement steht.

RM Frau Tokyürek merkt an, dass es bekannt sei, dass die Abläufe im Job Center bzgl. zeitnaher Reaktionen auf Mietangebote und Befürwortung von Erstaussstattungen nicht gut funktionierten. Sie fragt nach, ob diese Problematik dem Job Center bekannt sei und ob an einer Verbesserung gearbeitet werde.

Das beratende Mitglied Herr Prölß weist darauf hin, dass im vorliegenden Bericht etliche Problembereiche und Störfaktoren zur Verbesserung von Verfahrensabläufen aufgeführt sind und daher eine Beantwortung der Fragen von Herrn Abeke von großer Wichtigkeit seien. Er fragt nach, ob eine stärkere Vernetzung des Ehrenamtes mit dem Auszugsmanagement vorgesehen sei oder dafür die Personalressourcen fehlten und wie der aktuelle Sachstand der Kooperation mit Kölner Wohnungsbaufirmen ist?

RM Herr Joisten dankt den Akteuren des Auszugsmanagements für ihre gute Arbeit und fragt, ob die genannten Problemstellungen insbesondere in den Fällen in denen städtischen Stellen beteiligt sind, angegangen werden. Außerdem sei es wichtig, eine Stellenentfristung aller Stellen im Auszugsmanagement vorzunehmen, um eine kontinuierliche Arbeit sicher zu stellen. Herr Joisten rät dazu, perspektivisch über die jetzigen Strukturen und Zielgruppe hinaus zu denken und alle Menschen mit Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum in den Focus zu nehmen. Hierfür müssen dann weitere Vernetzungen geschaffen werden.

RM Herr Erkelenz verweist auf den Ratsbeschluss, bestimmte Quoten im sozialen Wohnungsneubau für Flüchtlinge bereitzuhalten und fragt, ob dies bei dem Neubau an der Houdainer Str. (TOP 8.5) erfolgen wird.

IRM Herr Litvinov bekräftigt die Fragestellung von Herrn Abeke und bittet um Beantwortung der Frage des ausländerrechtlichen Status von Personen, die in mehr als 80 Wohnungen vermittelt wurden.

RM Frau Heuser bezieht sich auf die von Herrn Prölß genannten Störfaktoren bei Arbeitsabläufen und fragt Herrn Oster, ob deren Klärung dann die Aufgabe eines neuen Amtes für Integration und Vielfalt sei.

Die Verwaltung Frau Adams beantwortet die Fragen wie folgt:

- Eine Kooperation mit dem Ehrenamt wird durch die städtische Koordinatorin beim Auszugsmanagement anlassbezogen wahrgenommen.
- Die Wohnungsbaugesellschaften werden in Kürze offensiv angesprochen.
- Die befristeten Stellen beim Auszugsmanagement laufen Ende 2019 aus. Über das gerade begonnene Controlling wird perspektivisch entsprechendes Zahlenmaterial vorliegen um erkennen zu können, welcher Stellenbedarf dauerhaft nötig sein wird.
- Das Thema Wohnen muss weiter vernetzt werden und zwar nicht nur für Geflüchtete sondern für alle Menschen in Köln, da dies auch eine Frage der sozialen Balance in der Stadt ist.
- Der Ratsbeschluss zur Wohnungsbauoffensive sieht vor, mit Investoren über einen Anteil von Wohnungen zur Vermietung an Geflüchtete zu verhandeln. Der aktuelle Sachstand dieses in der Verantwortung des Liegenschaftsamtes liegenden Themas ist Frau Adams nicht bekannt, wird aber zur nächsten Sitzung nachgereicht. Zum Neubau Houdainer Straße besteht die Planung einer Belegung mit 1/3 geflüchteten oder in Einrichtungen des Wohnungsamtes lebenden Menschen.
- Zur Frage von Herrn Abeke und Herrn Litvinov zu den Kategorien ‚Verschiedene‘, ‚Sonstiger Status‘ und ohne Nennung‘ beschreibt Herr Prölß, auf Bitte von Frau Adams, einer in der Vergangenheit irreführenden Listenführung, die allerdings jetzt von der Verwaltung entsprechend überarbeitet wird.

Die Verwaltung Herr Oster beantwortet die an ihn gerichteten Fragen:

- Im Rahmen des Projektes ‚Einwanderung gestalten‘ gab es zu den Arbeitsabläufen beim Job Center Gespräche. Er sieht zwar leichte Verbesserungen aber immer noch Handlungsbedarf für das neue Amt hier eine Lösung herbeizuführen, bei der der Mensch/Geflüchtete im Mittelpunkt steht.
- Aufgrund der besonderen Schwierigkeiten von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt wird die Notwendigkeit einer überproportionalen Unterstützung durch das Auszugsmanagement gesehen.
- Die Prüfung der Beseitigung von strukturellen Störfaktoren z.B. beim Auszugsmanagement ist Sache des neuen Amtes.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.-

## **5.5 4. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 2459/2018**

IRM Herr Abeke bittet folgende Fragen zu beantworten:

- Die Ombudsstelle berichtet auf Seite 12 (1. Absatz) des Berichtes, dass im Fall einer Beschwerde über rassistische Diskriminierung und Gewalt, „Hänseleien“ von der Heimleitung bestätigt wurden. Nach Angaben der Beschwerdeführerin sei allerdings ein Vorfall, bei dem ihr Sohn verletzt wurde, seitens der Unterbringungseinrichtung nicht dokumentiert worden.  
Welche Vorgaben bestehen seitens der Verwaltung hinsichtlich einer Dokumentation von rassistischen Vorfällen und Gewalt?

- Der Bericht der Ombudsstelle weist aus Seite 15 (1. Absatz) auf einen grundsätzlichen Mangel an barrierefreien Unterbringungsmöglichkeiten hin.  
Welche Maßnahmen ergreift die Verwaltung, um baulich barrierefreie Unterkünfte bereitzustellen? Sind diese Maßnahmen bedarfsdeckend?
- Der Bericht der Ombudsstelle thematisiert auf Seite 20 (letzter Absatz) „einen befürchteten Mangel an Schutz im Beschwerdeverfahren“ und führt zwei Fälle an, in denen Beschwerdeführende aufgrund ihrer Beschwerde weitere Benachteiligung seitens der Heimleitung befürchteten.  
Hat die Verwaltung hierzu Feststellungen getroffen? Welche Schlüsse zieht die Verwaltung daraus?
- Die Ombudsstelle berichtet auf den Seiten 16, 19 und 20 über eine auch von der Deutschen Post festgestellte fehlende Postzustellungsmöglichkeit in einer gewerblichen Unterkunft, die über mehrere Wochen andauerte.  
Wie steht die Verwaltung zu der Empfehlung, in diesen Unterkünften vertraglich abzusichern, dass umgehend bei Einzug eine Briefkastenbeschriftung erfolgt, damit Bewohner postalisch erreichbar sind?

IRM Herr Litvinov unterstützt diese Fragen und kündigt an weitere Fragen zum Bericht der Ombudsstelle schriftlich nachzureichen.

Die Verwaltung Frau Adams kündigt an diese und die angekündigten weiteren Fragen zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis

## **5.6 21. Bericht zur Situation Geflüchteter 2367/2018**

RM Frau Hoyer bittet um Erläuterung der Systematik der Darstellung der Verteilung auf Stadtbezirke auf Seite 7 des Berichtes.

RM Frau Heuser bittet bis zum Sozialausschuss um die Beantwortung der Frage, wie viele allein reisende Frauen noch in Notunterkünften leben.

RM Herr Joisten beklagt die weiterhin sehr ungleiche Verteilung von Geflüchteten in den Stadtteilen und Veedeln und bedauert den manchmal schleppenden Verlauf der Schaffung neuer auch kleinerer Wohneinheiten. Er beschreibt, dass sich zwar grundsätzlich sehr viel getan habe, bittet aber um Darstellung wie die teure Hotelunterbringung weiter abgebaut werden kann.

Die Verwaltung Frau Adams

- erläutert ausführlich die Systematik der Darstellung.
- Zur Ungleichgewichtung in den Stadtteilen und Veedeln verweist sie darauf, dass ein unfassbar großer Umverteilungsprozess aus den Notaufnahmen vorgenommen werde, bei dem aber immer Menschen mit ihren spezifischen Bedürfnissen betroffen seien. Hinzu kämen dann auch berechtigte Wünsche seitens der ehrenamtlichen Betreuung, an einer weiteren Unterbringung in ihrem Stadtviertel. Hier müsse eine Fülle von unterschiedlichen Abwägungsentscheidungen getroffen werden.
- Bei Neubauten sei es schwierig, über das Ausschreibungsverfahren Unternehmer zu finden - so habe sich z.B. für das Bauvorhaben an der Dürener Straße kein einziger Unternehmer beworben.
- Frau Adams beschreibt die Situation der Hotelunterbringung an Hand des vorgelegten Berichtes und äußert die Hoffnung, bis Ende des Jahres 600 Hotelplätze

abbauen zu können. Die letzte Leichtbauhalle konnte bereits im Juli leergezogen und 1.300 Reserveplätze aufgebaut werden.  
Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

**5.7 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"  
2643/2018**

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**5.8 Stellungnahme zur WDR-Berichterstattung "Unterbringung in Beherbergungsbetrieben" sowie „Bauvorhaben Im Grund / Pastor-Wolff-Str.“  
2195/2018**

RM Herr Erkelenz fragt nach inwieweit eine weitere Verbreitung dieser Stellungnahme möglich ist.

Die Verwaltung Frau Adams beschreibt die Diskussion in der Verwaltung und die Entscheidung lediglich mit der vorliegenden Mitteilung die politischen Gremien zu informieren.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

**5.9 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)  
1656/2018**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

**5.10 Beantwortung einer Anfrage - Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“  
1917/2018**

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**5.11 Aktueller Sachstand des Programms "Starke Veedel - Starkes Köln"  
2024/2018**

RM Herr Joisten hält die Entwicklung des Projektes für sehr unerfreulich, bedauert die Entscheidung der Landesregierung, in dieser Förderperiode die Förderbedingungen und Förderschwerpunkte zu ändern und kündigt eine intensive Aussprache im Stadtentwicklungsausschuss an.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

**5.12 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln – Bericht 2017/2018  
2560/2018**

IRM Frau Maleki bezieht sich im Bericht auf Punkt 6.2.1 Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst und bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie kann die auf Seite 57 im letzten Abschnitt beschriebene Arbeit geleistet werden, wenn 1,8 Arztstellen nicht besetzt werden konnten?
- Inwieweit können drei kinder- und jugendpsychiatrische Fachstellen die dringend erforderliche Beratungsarbeit für das gesamte Stadtgebiet leisten und welche Wartezeiten gibt es für eine Beratung?
- Wie werden nicht Deutsch sprechende traumatisierte Flüchtlingskinder von den sozialpsychiatrischen Beratungsstellen aufgefangen?

Der Sitzungsleiter Herr Edis bittet um Beantwortung der Frage, ob die im letzten Haushalt zusätzlich eingestellte Stelle für den jugendpsychiatrischen Bereich beim Therapiezentrum für Folteropfer, die Arbeit zwischenzeitlich aufgenommen hat.

Es wird zugesagt die Fragen zur Beantwortung an die Fachverwaltung weiterzuleiten.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **5.13 Volkshochschule: Das Feriencamp talentCAMPus 2018 für geflüchtete Kinder und Jugendliche war wieder ein Erfolg! 2664/2018**

Die Mitglieder begrüßen den Erfolg des Talentcampus und nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **5.14 Antidiskriminierungsarbeit im Bereich sexueller Orientierung und geschlechtlicher Vielfalt in Köln 2678/2018**

RM Frau Tokyürek begrüßt das Angebot der Träger und fragt nach, ob dieses auf weitere Schulen ausgeweitet werden kann und ob es einen Bericht über dieses Projekt geben wird.

Die Verwaltung Frau Rehberg wird nachfragen, ob es die Möglichkeit einer Ausweitung geben wird und ob ein Bericht geplant ist.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **5.15 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) 2513/2018**

Auf Nachfrage von RM Frau Tokyürek erläutert die Verwaltung Frau Rehberg, dass in der neuen Förderperiode vom Fördermittelgeber die Zielgruppen geändert und keine Arbeitsmarktintegrationsprojekte mehr gefördert werden. Diese Änderung erscheint etwas schwierig, aber es wird versucht, die bisher aufgebaute Arbeit mit den Trägern weiter fortzuführen.

Mehrere Integrationsratsmitglieder kritisieren die vorgenommene Änderung des Fördermittelgebers.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **5.16 Neues Amt für Integration und Vielfalt (Sachstand zum 15.08.2018) 2753/2018**

Dieser TOP wurde gemeinsam mit TOP 5.1. behandelt.

### **5.17 Umsetzungsstand Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmen des Integrationsbudgets 2768/2018**

IRM Herr Litvinov beschreibt, dass für den Gesundheitswegweiser bereits seit 2015 Gelder für den Aufbau einer Datenbank bereit gestellt wurden aber mit Stand 2018 erst eine Testversion besteht obwohl zwischenzeitlich 40.000 € für dieses Projekt aus dem Integrationsbudget zur Verfügung standen. Herr Litvinov berichtet von einer Diskussion im Arbeitskreis und dass dort für die Jahre 2019 und 2020 ein erhöhter finanzieller Förderbedarf in den Bereichen Menschen ohne Papiere, Ergebnisoffene Perspektivberatung für Flüchtlinge, Interkulturelle Zentren und psychosoziale Beratung von Flüchtlingen gesehen wurde.

IRM Frau Maleki führt aus, dass zur Fortschreibung des Gesundheitswegweisers jährlich 8.000 € bereitgestellt sind und findet es ebenfalls irritierend, dass seit 2015 immer noch kein Ergebnis vorliegt. Sie fragt nach, wann mit einer fertigen Datenbank und gedruckten papierenen Exemplaren des Gesundheitswegweisers zu rechnen ist.

Der Sitzungsleiter Herr Edis kritisiert ebenfalls, dass zu allen vier Maßnahmen des Gesundheitsamtes die bereits seit 2015 finanziert werden, kein Sachstand vorliegt und schließt sich der Kritik an der langen Dauer der Erstellung eines Gesundheitswegweisers an.

IRM Herr Bayrakcioglu ergänzt, dass die Datenbank zwischenzeitlich erstellt, aber noch nicht mit Inhalt gefüllt sei. Dies sei u.a. auch aufgrund des Datenschutzes schwierig.

Der Sitzungsleiter Herr Edis schlägt vor, das Gesundheitsamt zur nächsten Sitzung einzuladen, um den aktuellen Sachstand der vier aus dem Integrationsbudget finanzierten Maßnahmen zu erfahren. Die Mitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

IRM Herr Litvinov stellt dar, dass der künftige Gesundheitswegweiser für alle Kölner Bürger\*innen und nicht nur für Migrant\*innen sein wird und wirft daher die Frage auf, ob dann noch eine Finanzierung aus dem Integrationsbudget angezeigt sei.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit bezieht sich auf eine Anmerkung von IRM Herr Litvinov, dass der Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlern über das Integrationsbudget nur in städtischen Einrichtungen möglich sei und nicht auch bei z.B. freien Trägern. Grund dafür ist die Einbettung dieser Maßnahme in das Gesamtkonzept interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Bei einer durchaus wünschenswerten Ausweitung des Angebotes über die städtischen Dienststellen hinaus, wäre mehr Geld erforderlich.

Bezugnehmend auf die Frage von IRM Herrn Litvinov warum anfänglich bei gleichem Budget weniger Einsätze erfolgten, erläutert Frau Kremer-Buttkereit, dass sich das Projekt erst einmal in der Verwaltung, in den Schulen und in den städtischen Kitas bekannt gemacht werden musste, aber mittlerweile der komplette Betrag in Höhe von 200.000 €/Jahr benötigt wird.

Zu einer Nachfrage von RM Frau Heuser erläutert Frau Kremer-Buttkereit, dass das Integrationsbudget in der mittelfristigen Finanzplanung aufgenommen ist und tarifbedingte Erhöhungen mit eingerechnet werden.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.



**5.18 KOMM-AN NRW - Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Neuzugewanderten in den Kommunen - Sachstandsbericht 2018  
2856/2018**

Der Sitzungsleiter Herr Edis begrüßt, dass das Land dieses niederschwellige Programm, welches die Arbeit der Ehrenamtler\*innen so gut unterstützt, weiter finanziert. Er dankt den Akteuren beim Kommunalen Integrationszentrum für die gute Umsetzung in Köln.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

**6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**6.1 Antrag zur Einrichtung eines Preises „Miteinander - Preis Köln. Engagement von Kölner Migrant\*innen für Demokratie und Vielfalt“  
AN/0832/2018**

Der Antrag wird zurückgestellt.

**7 Berichte**

**7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

Es liegen keine Berichte vor.

**7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

Es liegt kein Bericht vor.

**8 Beschlussvorlagen**

**8.1 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte  
2337/2018**

**Beschluss:**

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat beschließt, den Förderantrag zur Fortsetzung des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für weitere 24 Monate als Höchstdauer der Förderung bis längstens 31.12.2021 zu stellen.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat die Verlängerung von drei befristeten Planstellen in der Bewertung EG 13 TVöD bis zum 31.12.2021.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**8.2 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 8, 50997 Köln-Godorf, Planungsbeschluss 1320/2018**

**Beschluss:**

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Abbruch des Bestandsgebäudes auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 8, 50997 Köln-Godorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 42, Flurstück 589 durchzuführen.  
Dazu wird die Verwaltung ermächtigt, die erforderlichen Fachplaner und Abrissfirmen zu beauftragen. Die voraussichtlichen Kosten für den Abriss inkl. der Planung belaufen sich auf rd. 460.000 €.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen zu einem Neubau zur Unterbringung von Geflüchteten auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 8, 50997 Köln-Godorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 42, Flurstück 589 aufzunehmen.  
Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) betragen voraussichtlich rd. 110.000 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**8.3 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Planungsbeschluss 2396/2018**

**Beschluss:**

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Abbruch des Bestandsgebäudes auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1337 durchzuführen.  
Dazu wird die Verwaltung ermächtigt, die erforderlichen Fachplaner und Abrissfirmen zu beauftragen. Die voraussichtlichen Kosten für den Abriss inkl. der Planung belaufen sich auf rd. 460.000 €.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen zu einem Neubau zur Unterbringung von Geflüchteten auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1337 aufzunehmen.  
Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die

Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) betragen voraussichtlich rd. 105.000 €.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **8.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 / 2. Teil 2714/2018**

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, an folgende Projekte der Antirassismusbearbeitung Fördermittel zu vergeben:

1. Stärkung der Arbeitsstruktur des ‚Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung‘ durch Finanzierung einer 450 € Kraft zur organisatorischen Unterstützung für 3 Monate
  - einen Betrag in Höhe von 1.945,45 €  
Antragsteller: Kölner Flüchtlingsrat e.V.
2. Konzeptionierung, Entwicklung und Herstellung eines Planspiels ‚Solidarisches Köln – Stadt für alle‘ zur Förderung eines lebensweltorientierten Solidaritätsverständnisses als Beitrag für ein friedliches Miteinander
  - einen Betrag in Höhe von 12.490 €  
Antragsteller: Integrationshaus e.V.
3. ‚Bildungsprojekt Brückenbauer‘ zur Optimierung von Bildungseinheiten für verschiedene Schulformen und Altersgruppen von Schülerinnen und Schülern, in denen aktuelle Fragen und Unsicherheiten junger Menschen im Zusammenhang mit dem Zuzug von Geflüchteten bearbeitet werden sollen, um eine reflektierte Haltung gegenüber Geflüchteten zu fördern.
  - einen Betrag in Höhe von 10.000 €  
Antragsteller: Kölner Flüchtlingsrat e.V.
4. „Erweiterung der Workshops im Geschichtslabor: Arbeit mit Schülerinnen und Schülern zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ mit dem Ziel, die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus zu fördern.
  - einen Betrag in Höhe von 10.000 €  
Antragsteller: NS-Dok
5. ‚Antirassismus-Trainings für Senior\*innen in den SeniorenNetzwerke Porz und Mülheim‘ mit dem Ziel, im Rahmen eines Workshops das Unbehagen von Besuchern der SeniorenNetzwerke gegenüber „dem“ Islam und „den“ Muslim\*innen abzubauen. Über eine anschließende Auswertung sollen Überlegungen zum weiteren Ausbau eines solchen Formates erfolgen.
  - einen Betrag in Höhe von 2.400 €  
Antragsteller: SeniorenNetzwerk der Arbeiterwohlfahrt
6. ‚We Can Do It! – Ein Empowerment-Workshop für Frauen mit Rassismuserfahrungen für Schwarze Frauen, Frauen of Color und Frauen, die als Migrantinnen gelesen werden. Der Workshop soll dazu beitragen, dass sich diese Frauen präventiv

gegen rassistische Diskriminierung und Gewalt stärken und Möglichkeiten erarbeiten, in geeigneter Form darauf zu reagieren.

- einen Betrag von 900 €  
Antragsteller: AntiDiskriminierungsbüro/ ÖgG e.V.

7. Kick it against hate ein Fußballturnier zum Abbau von Vorurteilen und Distanzen unter Beteiligung von Amateurfußballmannschaften, die im Alltag wenig bis keinen Kontakt zu einander haben. Kernelement des Turniers ist ein Vortrag eines von terroristischer, menschenverachtender Ideologie Betroffenen.

- einen Betrag von 2.100 €  
Antragsteller: 180GradWende/ Jubigo e.V.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

#### **8.5 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. ohne Nr., 51143 Köln-Porz - Planungsbeschluss 2384/2018**

Auf Nachfrage von IRM Herr Litvinov, inwieweit die Verwaltung plane auf dem sehr großen Grundstück weitere Häuser zu errichten, antwortet die Verwaltung Frau Adams, dass aufgrund des fehlenden Bebauungsplanes vorgeschrieben sei, die geplante Bebauung der Nachbarschaftsbauung anzupassen. Damit sei eine Bebauung im hinteren Bereich aktuell nicht möglich.

Die Frage von IRM Herr Litvinov, ob die Zugänge des neuen Hauses auch rollstuhlgerecht seien wird bejaht.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. ohne Nr., 51143 Köln-Porz, Gemarkung Oberzündorf, Flur 1, Flurstück 251, aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die Planungsleistungen betragen voraussichtlich rund 140.000 € brutto.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

IRM Herr Bayrakcioglu begrüßt die geplante Lesung ‚Der ewige Gast‘ in Köln und wünscht eine gemeinsame demokratische Entscheidung solcher Veranstaltungen im Integrationsrat. Er hätte gerne zur Veranstaltung die Kölner Autorin mit dem Buch ‚Doppelmoral und falsche Toleranz – die Frage der Parallelwelt der Deutschtürken und der Deutschen‘ eingeladen.

Herr Bayrakcioglu fragt des Weiteren nach dem Stand des vorgeschlagenen Treffens des Integrationsrates mit der jüdischen Gemeinde. Er bedauert, dass am 2. August bei ‚Kippa Colonia‘ außer Herrn Joisten keine weiteren Integrationsratsmitglieder teilgenommen haben.

Herr Bayrakcioglu fragt nach der Beantwortung seiner Anfragen zum kultursensiblen Essen in KITAS und Schulen und an den Flughafen Köln Bonn zu Kuwait Airways.

Die Verwaltung Herr Vetter erläutert zum geplanten Treffen, dass über das Integrationsratsmitglied Frau Shcherbatova versucht worden sei, mit dem Vorstand der Gemeinde ein Treffen zu vereinbaren. Dies sei leider bislang nicht gelungen und Frau Shcherbatova habe zugesagt, den Vorstand Anfang Oktober persönlich bei einem Treffen um einen Termin zu bitten. Herr Bayrakcioglu drückt sein Unverständnis darüber aus, dass der Kontakt über eine dritte Person und nicht direkt aufgenommen wurde.

Bzgl. der Nachfragen teilt Herr Vetter mit, dass die Beantwortung der Anfragen zum kultursensiblen Essen zu spät für diese Sitzung von der Fachverwaltung vorgelegt worden sei und der Flughafen auf mehrfache Nachfrage nicht geantwortet habe - hier gebe es auch keine Verpflichtung des Flughafens zu antworten.

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

#### **1.1 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Dienstleistungen „Sprachmittler/Innen“ für die Dienststellen Diversity und für das Gesundheitsamt 2673/2018**

Vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes bittet der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis alle beratenden Mitglieder und Gäste, den Saal zu verlassen, um die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Bedarf für die Dienstleistung „Sprachmittler/Innen“ wird festgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, das entsprechende Vergabeverfahren durchzuführen und die entsprechenden Verträge abzuschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei drei Enthaltungen.